Staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend			30. Sitzungsprotokoll
18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2011 - 2015
Sitzungstag: 04.12.2014	Sitzungsbeginn: 14:35 Uhr	Sitzungsende: 15:30 Uhr	Sitzungsort: Bremische Bürgerschaft, Am Markt 20, 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Möhle (Sprecher der Deputation)			

Herr Möhle (Sprecher der Deputation) begrüßt die Mitglieder der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend und die anwesenden Gäste. Er entschuldigt Frau Senatorin Stahmann und spricht Genesungswünsche der Deputierten an sie aus.

Folgende Tagesordnung wird genehmigt:

1. Protokoll über die Sitzung am 14.11.2014
2. Einrichtung einer Jugendberufsagentur im Land Bremen
Stand der Umsetzung (III)
(Vorlage Nr. 124/14)
3. Sitzungstermine der Deputation für Soziales, Kinder und Jugend - 1. Halbjahr 2015
(Vorlage Nr. 125/14)
4. Verschiedenes
 - a) Aktuelle Information Flüchtlingsunterbringung
(Mündlicher Bericht)
 - b) Unbegleitet minderjährige Flüchtlinge in Bremerhaven
(Mündlicher Bericht)

TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 14.11.2014

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 14.11.2014.

**TOP 2: Einrichtung einer Jugendberufsagentur im Land Bremen
Stand der Umsetzung (III) (Vorlage Nr. 124/14)**

Herr Staatsrat Frehe führt in die Vorlage ein.

Die Mitglieder der Deputation haben Nachfragen, die von der Verwaltung beantwortet werden. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass die Jugendberufsagentur durch ein Berichtswesen begleitet wird.

Die Anwesenden sind sich darin einig, dass die Jugendberufsagentur nur gelingen wird, wenn alle Beteiligten miteinander kooperieren.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Sachstand zur Kenntnis. Sie bittet um die erneute Berichterstattung im März 2015.

TOP 3: Sitzungstermine der Deputation für Soziales, Kinder und Jugend - 1. Halbjahr 2015 (Vorlage Nr. 125/14)

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend stimmt den vorgenannten Sitzungsterminen zu.

TOP 4: Verschiedenes

**a) Aktuelle Information Flüchtlingsunterbringung
(Mündlicher Bericht)**

Die Verwaltung berichtet über die Verständigung zwischen Bund und Länder zur Kostenentlastung bei der Aufnahme von Asylbewerbern. Danach wird der Bund zukünftig Immobilien kostenfrei überlassen. Außerdem erhalten die Länder und Kommunen in den Jahren 2015 und 2016 bis zu 500 Mio. € über die Umsatzsteuererlegung. Das Land Bremen wird schätzungsweise 5-6 Mio. € erhalten. Damit werde aber nur ein Teil zu zusätzlichen Kosten gedeckt.

Zur aktuellen Situation berichtet die Verwaltung, dass nach 238 Personen im September und 253 Personen im Oktober die Zahl der Zugänge im November auf 258 gestiegen sei. Neue Unterkünfte würden in den nächsten Monaten u.a. in den Stadtteilen Mitte, Östliche Vorstadt, Osterholz und Obervieland eröffnet.

Im Bereich der unbegleitete minderjährige Flüchtlinge verweist die Verwaltung zunächst auf die Sitzung der Deputation am 08.01.2015, auf der das Thema als ein Schwerpunkt behandelt werden wird.

Bisher sind im Jahr 2014 342 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Bremen gekommen. In der ZAST sind derzeit 65 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge untergebracht. Eine eigene Erstaufnahmeeinrichtung ist in Planung. Wenn ein geeigneter Standort gefunden ist, wird dies zunächst mit dem Beirat erörtert und dann der Deputation berichtet. Der Beirat Borgfeld hat am 01.12.14 dem Bauantrag für die Einrichtung Hamfhofsweg zugestimmt.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

**b) Unbegleitet minderjährige Flüchtlinge in Bremerhaven
(Mündlicher Bericht)**

Die Verwaltung berichtet, dass 25 Plätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bremerhaven bestehen. Im Rahmen einer Vereinbarung der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen mit Bremerhaven wurden für die Unterbringung von 20 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen Kosten, die nicht im Wege der Erstattung von anderen Landesjugendämtern übernommen werden, in Höhe von 50.000,- € gezahlt. Eine weitere Zahlung wird nach einer genauen Abrechnung über entstandene Kosten erfolgen.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

Vorsitzender

stellvertr. Sprecherin

Protokollführerin